

Wie viel „Finanzmarktkapitalismus“ gibt es in Deutschland?

Michael Faust/Lukas Thamm



Wem die Unternehmen gehören, wie und von wem die Unternehmensleitung beaufsichtigt wird und wie verschiedene Anspruchsgruppen auf die Unternehmenspolitik Einfluss nehmen können, stellt ein zentrales Element einer sozioökonomischen Formation dar. Seit den 1990er Jahren stellt die Finanzialisierung des Unternehmens bzw. die Herausbildung eines „Finanzmarktkapitalismus“, in dem börsennotierte Unternehmen in institutionellem Streubesitz dominieren, eine Tendenz des sozioökonomischen Wandels dar. Diese wird als Abkehr vom „organisierten Kapitalismus“ der Nachkriegsformation interpretiert, die womöglich mit Wachstums- und Innovationsschwäche und verschlechterten Teilhabechancen einhergeht. Wie auch immer diese Effekte und ihre Verursachung zu beurteilen sind, schon der Grad der Verbreitung der Finanzialisierung ist strittig. Der Beitrag prüft daher anhand zentraler Indikatoren der Kontroll-Finanzialisierung für den Zeitraum von 1990 bis zum aktuellen Rand, inwieweit sich die Finanzmarktkapitalismus-Konstellation überhaupt durchgesetzt hat. In der Gesamtschau verschiedener Dimensionen der Finanzialisierung kann man für Deutschland in den 1990er Jahren einen Finanzialisierungsschub konstatieren, der aber eine begrenzte Reichweite hat und in seinen Wirkungen durch Gegenbewegungen und widersprüchliche Elemente modifiziert wird. Der Beitrag diskutiert, welche Schlussfolgerungen aus dieser Diagnose für die Frage nach den Ursachen der Erosion der Teilhabechancen zu ziehen sind.